

28. April 2015

Pressemitteilung

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht ihr

MEMORANDUM 2015

**40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik
gegen Massenarbeitslosigkeit**



Pressemitteilung kurz:

40 Jahre *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* – 40 Jahre gegen Armut. Das MEMORANDUM 2015 analysiert die Ursachen und Folgen der Umverteilung in der renditeorientierten Marktwirtschaft. Offene und verschleierte Massenarbeitslosigkeit prägen weiterhin das Bild. Die Finanzkrise ist keineswegs überwunden. „Mit der Massenarbeitslosigkeit verbunden ist **Armut stiftende Arbeit**“ berichtet *Prof. Dr. Rudolf Hickel*: „Die in der ersten Hälfte der 2000er Dekade mit den Hartz-Reformen eingeleitete massive Prekarisierung des Arbeitsmarktes schreitet weiter voran.“ Der Niedriglohnbereich hat mit fast 25 Prozent einen erschreckend hohen Anteil.

Eine gerechtere Steuerpolitik, die hohe Einkommen und große Vermögen belastet, würde die Verteilung zugunsten unterer Einkommen verbessern. *Prof. Dr. Mechthild Schrooten* führt aus: „Die **wachsende Kluft zwischen Reich und Arm** wird verfestigt und gehört inzwischen zum System. Frauen und Kinder sind die größten Verlierer. So kann es nicht weitergehen – das erkennen inzwischen auch traditionelle Organisationen wie IMF und OECD.“

Dem Staat fehlt es massiv an Geld. Während für laufende Sozialausgaben und Gehälter vor allem das Tabu des Steuererhöhungsverbots fallen muss, damit Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener, Spekulanten, Unternehmen und Vermögende wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden, ist es gerade für öffentliche Investitionen sinnvoll, auch die öffentliche Kreditaufnahme zur Finanzierung heranzuziehen. *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* konstatiert: „Die **Ideologie der ‚schwarzen Null‘ ist ein Irrweg** und scharf abzulehnen.“

Der Staat ist handlungsfähig. Wer Banken stabilisieren kann, kann auch mehr. Es ist möglich und notwendig, mit gezielten Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende Umverteilung zugunsten der in der Finanzkrise vernachlässigten Bevölkerungsgruppen zu machen. Ein solches Konzept stellt eine langfristig solide Finanzierung des Staates und **mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit** sicher.

Pressemitteilung lang:

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* setzt sich auch im 40. Jahr für ein aktuelles Thema ein; Umverteilung. Zwar scheint Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise der Eurozone zu kommen – die entscheidenden Probleme bleiben jedoch bestehen. Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Unterbeschäftigung sind zum Grundbestandteil der Gesellschaftsordnung geworden. Zwar ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2014 um 1,9 Prozent auf 30,2 Millionen gewachsen (Erwerbstätige insgesamt: 42,7 Millionen). Der Anstieg der Beschäftigung reicht aber nicht für einen substantziellen Abbau der Arbeitslosigkeit aus. *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* stellt fest: „In Deutschland herrscht nach wie vor **Massenarbeitslosigkeit** – auch wenn das in der Öffentlichkeit nicht mehr so wahrgenommen wird.“ 2014 waren nach Angaben der Bundesagentur 2,9 Millionen Menschen als arbeitslos gemeldet wobei die Unterbeschäftigung sogar 3,8 Millionen ausmacht (einschließlich der Beschäftigten in Maßnahmen und der erkrankten Arbeitslosen, aber ohne Stille Reserve und ohne Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigten, die länger arbeiten wollen). Die Zahl der Langzeitarbeitslosen (länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung) ist von 2013 bis 2014 sogar um ein Prozent auf 1,01 Millionen angestiegen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen erhöhte sich entsprechend auf 37,2 Prozent.

„Mit der Massenarbeitslosigkeit verbunden ist **Armut stiftende Arbeit**“ berichtet *Prof. Dr. Rudolf Hickel*: „Die in der ersten Hälfte der 2000er Dekade mit den Hartz-Reformen eingeleitete massive Prekarisierung des Arbeitsmarktes schreitet weiter voran.“ Der Niedriglohnbereich hat mit fast 25 Prozent einen erschreckend hohen Anteil. Die Zahl der Minijobs hat nach wie vor ein sehr hohes Niveau. Auch die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse, insbesondere bei Neueinstellungen, hat dramatische Ausmaße angenommen. *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* weist auf Berechnungen des IAB der Bundesagentur für Arbeit hin: „Die **fiskalischen Kosten der Massenarbeitslosigkeit** lagen allein von 2000 bis 2013 bei fast einer Billion Euro!“

Der Schlüssel für eine andere wirtschaftliche Entwicklung liegt in der Verteilung von Einkommen und Vermögen. *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* weist auf eigentlich triviale Zusammenhänge hin: „Ohne eine Steigerung der Masseneinkommen gibt es keine Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Ohne eine bessere Finanzausstattung des Staates werden die öffentlichen Investitionen nicht erhöht. Ohne eine stärkere Nachfrage werden auch die privaten Investitionen nicht gesteigert.“

Prof. Dr. Mechthild Schrooten hält fest: „Die Einführung des Mindestlohnes ist ein richtiger, aber noch völlig ungenügender Schritt. Gerade bei Lohnfragen geht es auch um Genderfragen“. Die Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit stimmt nicht – daher muss Politik, insbesondere eine Steuerpolitik, die einzig und allein hohe Einkommen und große Vermögen belastet, dringend durchgesetzt werden.

Prof. Dr. Mechthild Schrooten führt aus, dass der Sachverständigenrat (SVR) diese inzwischen weit verbreitete Erkenntnis weitgehend ignoriert. Er koppelt sich damit von internationalen Diskussionen rund um Piketty ab. Weitaus ungleicher als bei den Einkommen ist die

Verteilung bei den Vermögen. Dabei ergibt sich ein beunruhigendes Bild: Es gibt keine belastbaren Zahlen zum Reichtum in Deutschland. Offenbar gelingt es den Vermögenden, hier ein Agenda-Setting zu betreiben. Armut wird untersucht und Bestürzung zur Kenntnis genommen. Reichtum bleibt unerforscht und Reichtumsforschungen sind auf Schätzungen angewiesen. Aber selbst dieses eher schwache Datenmaterial zeigt, dass das reichste Prozent der Bevölkerung etwa 30 Prozent des gesamten Vermögens besitzt (DIW Berlin). Hier ist Potenzial für Umverteilung.

Dem Staat fehlt es massiv an Geld. Während für laufende Sozialausgaben und Gehälter vor allem das Tabu des Steuererhöhungsverbots fallen muss, damit Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener, Spekulanten, Unternehmen und Vermögende wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden, ist es gerade für öffentliche Investitionen sinnvoll, auch die öffentliche Kreditaufnahme zur Finanzierung heranzuziehen. *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* konstatiert: „Die **Ideologie der ‚schwarzen Null‘ ist ein Irrweg** und scharf abzulehnen.“

Ohne Steuererhöhungen für die Superreichen ist das erforderliche Investitionsprogramm aber letztlich nicht zu finanzieren. *Prof. Dr. Mechthild Schrooten*: „Es ist möglich und notwendig, mit Steuererhöhungen die Einnahmen des Staates massiv zu erhöhen, ohne entsprechende Nachfrageausfälle aus dem privaten Sektor zu erzeugen. Ein solches Konzept stellt eine langfristig solide Finanzierung des Staates und **mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit** sicher.“ (Eckpunkte des Konzepts s. u.).

Dennoch versucht sich die Politik an der Quadratur des Kreises. Die öffentlichen Investitionen sollen ohne Steuererhöhungen und ohne Ausweitung der Kreditaufnahme gesteigert werden. Dazu soll über ein Fondsmodell privates Kapital für öffentliche Investitionen mobilisiert werden. Ökonomisch ist ein solches Modell eine Sackgasse. Sicherlich ist es richtig, dass es einerseits zu wenig öffentliche Investitionen gibt und andererseits zu viel Kapital, das Anlagemöglichkeiten sucht. *Prof. Dr. Rudolf Hickel* fasst zusammen: „Dieses **private Kapital** sucht auch Rendite – und das bedeutet nichts anderes, als dass die so finanzierten **Investitionen deutlich teurer** werden.“ Dazu kommen bei einer Lösung als Public Private Partnership noch Probleme der Überwachung, der Vertragsgestaltung und der öffentlichen Beteiligung. *Prof. Dr. Mechthild Schrooten*: „Privat finanzierte öffentliche Investitionen sind also keine Lösung. **Irgendwann muss der Staat bezahlen, und dann fehlen ihm erst recht die nötigen Mittel.** Verteilungspolitisch ist das fatal: Während bei der Steuerfinanzierung durch den progressiven Steuerverlauf die finanziell Leistungsfähigeren stärker beteiligt werden, fällt dies bei der Gebührenfinanzierung weg. Insgesamt dienen Fondsmodelle eher dazu, das Anlageproblem von Kapitaleignerinnen und -eignern zu lösen als das Investitionsproblem der Gesellschaft zu verringern.“

Anhang:

Eckpunkte des Steuerkonzepts der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*:

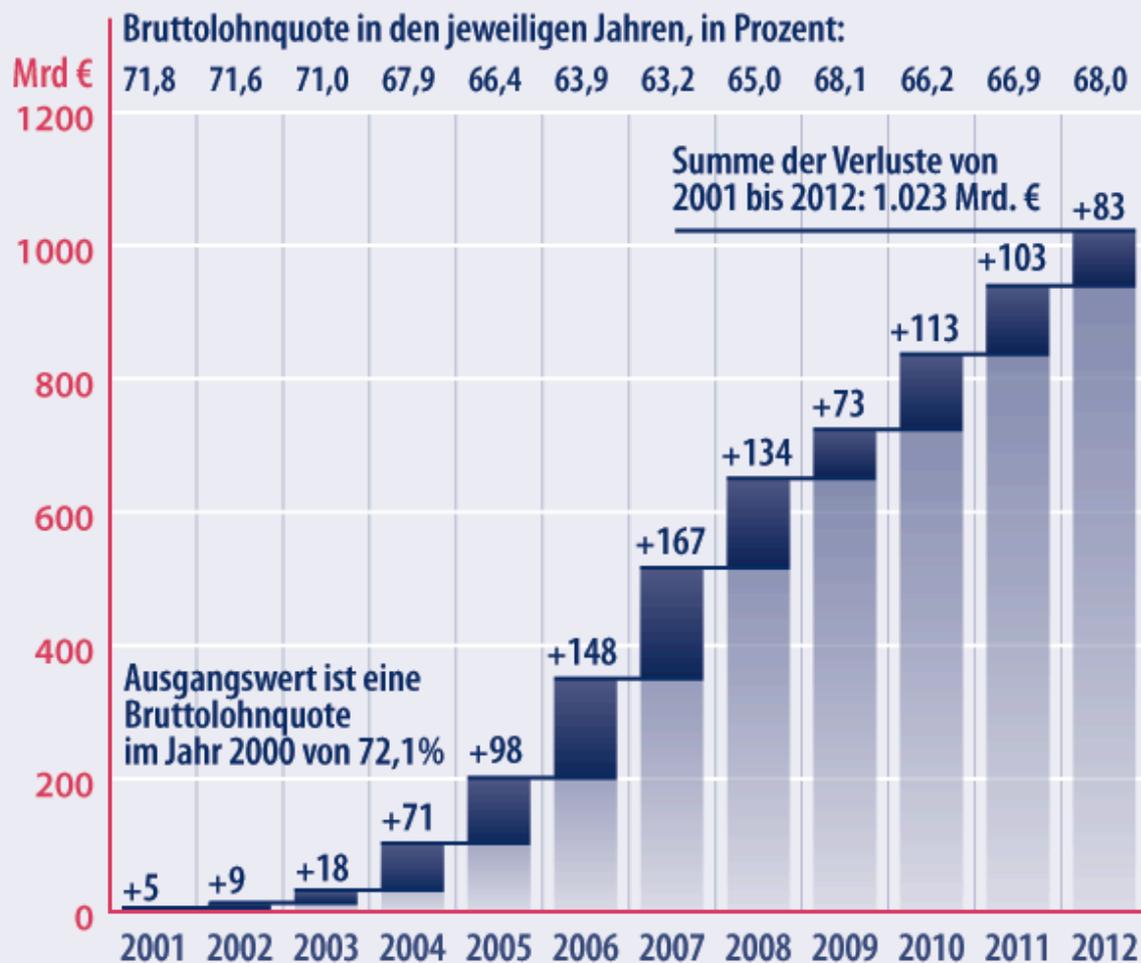
- Es muss eine einmalige und auf zehn Jahre gestreckte Vermögensabgabe eingeführt werden. Die Bemessungsgrundlage ist das Nettovermögen, das oberhalb eines persönlichen Freibetrages von einer Million Euro und von zwei Millionen Euro beim Betriebsvermögen mit einem faktischen Steuersatz von zwei Prozent belegt wird. Der Freibetrag je Kind sollte 250.000 Euro betragen.
- Mit einer verkehrswertnahen Bewertung des Immobilienvermögens ist die längst überfällige Wiederbelebung der Vermögensteuer in Angriff zu nehmen. Der Steuersatz sollte ein Prozent betragen und auf Vermögen von mehr als 500.000 Euro (bei gemeinsamer Veranlagung von Ehepartnerinnen und -partnern auf das Doppelte) erhoben werden. Je Kind sollte ein Freibetrag von 100.000 Euro gelten.
- Die mit der Erbschaftsteuerreform 2008 in Kraft gesetzte Verschonung des Betriebsvermögens ist vom Bundesverfassungsgericht gerügt worden. Jetzt ist eine Neuregelung vorzunehmen, die tatsächlich das Aufkommen der Erbschaftsteuer nennenswert erhöht.
- Der Tarifverlauf bei der Einkommensteuer (Grenzsteuersatz) sollte oberhalb eines Grundfreibetrags von 9.500 Euro und bei einem Eingangssteuersatz von 14 Prozent beginnen und durchgehend linear bis zu einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent bei einem zu versteuernden Einkommen von 67.000 Euro (Alleinstehende) ausgestaltet werden. Der Vorteil des Ehegattensplittings sollte unter Beibehaltung des doppelten Grundfreibetrages abgeschafft werden.
- Die Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen dürfen nicht länger steuerfrei bleiben. Der Körperschaftsteuersatz sollte auf 30 Prozent erhöht und die Möglichkeiten zum unbegrenzten Verlustvortrag sollten zeitlich und der Höhe nach beschränkt werden.
- Die Gewerbesteuer ist zu einer Gemeindewirtschaftsteuer auszubauen, die auch die freien Berufe in die Steuerpflicht einschließt und deren Bemessungsgrundlage die Entgelte für betrieblich genutztes Kapital (z.B. Mieten, Pachten, Lizenzen) vollständig einbezieht.
- Kapitaleinkünfte müssen wieder mit dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuert werden statt pauschal mit einer niedrigen Abgeltungsteuer von 25 Prozent.
- Die Finanztransaktionsteuer ist zügig einzuführen, und dem Drängen der Finanzbranche nach Ausnahmen für bestimmte Geschäfte und Sektoren ist nicht nachzugeben.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* legte erstmals im November 1975 (kurz nach Verabschiedung des 1. Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem der Sozialabbau in der Bundesrepublik eingeleitet wurde) ein „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein weiteres Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht.

Mittlerweile gilt das Memorandum vielfach als „Gegengutachten“ zum jährlichen Gutachten des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (der „fünf Weisen“).

Verteilungsverluste der Arbeitseinkommen auf Grund sinkender Lohnquote

Summe der Verteilungsverluste von 2000 bis 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt:
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE
 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
 MEMORANDUM 2013